

# PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, 23.04.2017

## **SPD-Finanzsenator muss handeln: Bezirke dürfen nicht auf Kosten für die Flüchtlingsunterbringung sitzen bleiben**

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen hat die Stadt im letzten Jahr fast eine Milliarde Euro gekostet. Es zeichnet sich ab, dass es dabei in vielen Bereichen völlig an einer Kostenkontrolle fehlte und Millionensummen von den Senatsbehörden verschwendet wurden. Obwohl Hamburg vom Bund 224 Millionen Euro erstattet bekommen hat, gab der Senat hiervon nur eine Million Euro an die Bezirke weiter. Dabei hatten diese allein in 2016 Mehrkosten von sieben Millionen Euro. Verteilungsgerechtigkeit sieht anders aus! Ein Antrag der CDU-Fraktion hierzu wurde in der letzten Sitzung der Bezirksversammlung einstimmig angenommen, wonach der Senat nachdrücklich zur Kostenerstattung aufgefordert wird.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Andreas Schott hierzu:** „Die Bezirke haben bei der Planung, Einrichtung und dem Betrieb der Unterkünfte vielfältige Unterstützungsleistungen erbracht. Es kann nicht sein, dass sie auf den Kosten hierfür sitzen bleiben. Der Senat kann nicht selbst das Geld mit vollen Händen ausgeben und die Bezirke auf ihren Kosten sitzen lassen!“

Die Kostenbelastung ist so hoch geworden, dass Bezirksamtsleiter kürzlich sogar in einem Brandbrief drohten, Stellen abzubauen, sofern sie für ihre Sonderaufgaben nicht vom Senat entlastet werden. Das wäre angesichts der personellen Engpässe, die schon jetzt in der Verwaltung herrschen, fatal. Bezirkliche Aufgaben wie z.B. Grünanlagenpflege, Straßenunterhaltung und Bürgerservice in den Kundenzentren dürfen nicht unter der städtischen Gesamtaufgabe der Flüchtlingsunterbringung leiden.

[Antrag der CDU-Fraktion: Übernahme der Mehrbedarfe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen](#)



Dr. Andreas Schott, Fraktionsvorsitzender

Für Rückfragen:

Fraktionsbüro:  
Telefon: 040-465371